

Haucap, Justus; Mödl, Michael

Conference Paper

Zum Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung

Beiträge zur Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 2010: Ökonomie der Familie - Session: Improving Productivity and Efficiency of Economic Science, No. A2-V2

Provided in Cooperation with:

Verein für Socialpolitik / German Economic Association

Suggested Citation: Haucap, Justus; Mödl, Michael (2010) : Zum Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung, Beiträge zur Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 2010: Ökonomie der Familie - Session: Improving Productivity and Efficiency of Economic Science, No. A2-V2, Verein für Socialpolitik, Frankfurt a. M.

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/37329>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zum Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung

von

Justus Haucap (Universität Düsseldorf) – justus.haucap@uni-duesseldorf.de

Michael Mödl (Universität Erlangen-Nürnberg)

Extended Abstract – noch sehr preliminär!

1. Einleitung

Im Rahmen des sog. Ökonomenstreits in Deutschland aber auch in Großbritannien (vgl. Letters to the Queen) ist u.a. die These vertreten worden, dass Ökonomen an Universitäten immer schwächere Anreize haben, sich (a) mit wirtschaftspolitisch relevanten Themen auseinanderzusetzen und darüber zu forschen und (b) sich auch aktiv in die wirtschaftspolitische Beratung und Debatte einzuschalten. Grund dafür sei die zunehmende Orientierung an Publikationserfolgen in internationalen Fachzeitschriften, welche jedoch wenig Raum für wirtschaftspolitisch relevante Fragen ließen – insbesondere dann nicht, wenn diese sehr deutschlandspezifisch seien. Aus diesem Grund würden deutsche Ökonomen, um ihre Publikationschancen in internationalen Journalen zu erhöhen, sich sondern verstärkt entweder Grundlagenforschung betreiben oder sich sogar mit speziell amerikanischen Problemen befassen, um die Chancen zu erhöhen, in den dort verlegten bzw. herausgegebenen Journalen zu publizieren. Die schwindende Relevanz ökonomischer Forschung und Expertise war eine der Hauptsorgen des sog. „ordnungspolitischen Flügels“ im Ökonomenstreit.

Im Gegensatz dazu wurde vom „mathematischen Flügel“ die Position vertreten, dass auch die Politikberatung von modernen ökonomischen Methoden profitieren und sich gute wirtschaftspolitische Analysen sehr wohl auch in hochkarätigen Journalen publizieren ließen.

In diesem Kontext ist auch die Frage zu stellen, ob wirtschaftspolitische Beratung und ökonomische Forschung eher komplementäre Tätigkeiten für Ökonomen sind

oder ob sie eher substitutiven Charakter haben. Vom „mathematischen Flügel“ im Ökonomenstreit wurde z.B. in dem im Handelsblatt publizierten Aufruf kritisiert, dass die international publizierenden Ökonomen zu wenig Aufmerksamkeit in der Politik(beratung) bekämen und dass die deutsche Wirtschaftspolitik gut beraten wäre, stärker auf Berater zu hören, die auch international hochkarätig publizieren.

Der vorliegende Beitrag argumentiert zum einen, dass Spitzenforschung und wirtschaftspolitische Beratungskompetenzen nicht – wie manchmal zumindest implizit angenommen wird - auf denselben Talenten und Fähigkeiten beruhen und somit der Theorie komparativer Kostenvorteile folgend auch hier eine Arbeitsteilung effizient ist. Das Ausmaß einer effizienten Arbeitsteilung hängt jedoch auch davon ab, wie stark Komplementaritäten bzw. Spillovers zwischen Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung sind. Je stärker diese Spillovers sind, desto stärker sollte auch die personelle Verzahnung von Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung sein. Sind die Spillovers jedoch eher schwach, so ist eine stärkere Arbeitsteilung effizient.

Weiter argumentiert der Beitrag, dass die Spillovers zwischen Politikberatung und *international publizierbarer* Forschung weder für alle Geistes- und Sozialwissenschaften gleich hoch sind, noch sind sie innerhalb der Ökonomie im internationalen Vergleich uniform. So ist aufgrund der Besonderheit nationaler Rechtsordnung z.B. rechtswissenschaftliche Forschung weniger gut *international publizierbar*. Da die wesentliche Reputation innerhalb der rechtswissenschaftlichen Gemeinschaft durch besonders einflussreiche Kommentare und Gutachten (z.B. für den Deutschen Juristentag) entsteht, verwenden Rechtswissenschaftler einen größeren Teil ihrer Ressourcen und Anstrengungen darauf, Kommentare und Gutachten zu erstellen. Im Gegensatz dazu ist Politikberatung innerhalb der Volkswirtschaftslehre in Deutschland (ausgenommen von echten Spitzenstellungen wie die Mitgliedschaft in sehr wichtigen Gremien) nicht mit einem deutlichen Reputationsgewinn innerhalb der relevanten Bezugsgruppe verbunden. Damit sinkt der durch einen möglichen Reputationsgewinn motivierte Antrieb, sich in der Politikberatung zu engagieren.

Zudem wird argumentiert, dass Spillover zwischen Politikberatung und *international publizierbarer* Forschung in Deutschland geringer ist als vor allem in den USA. Aufgrund der größeren Marktgröße sind spezifisch US-amerikanische wirtschaftspolitische Probleme auch in hochkarätigen Zeitschriften (wie der AER)

publizierbar, da sie ein großes Fachpublikum ansprechen. Im Grenzfall („at the margin“) ist damit USA-bezogene wirtschaftspolitisch relevante Forschung einfacher gut publizierbar. Damit steigen die Synergien oder Spillovers zwischen Politikberatung und *international publizierbarer* Forschung, sodass in den USA eine geringere Arbeitsteilung zwischen Politikberatung und *international publizierbarer* Forschung erwartet werden sollte als in Deutschland. Der Vorschlag, dass auch in Deutschland allein die Erfolge bei internationalen Spitzenpublikationen zur Auswahl von wirtschaftspolitischen Beratern maßgeblich sein sollten, verkennt diesen Zusammenhang, nämlich dass der *Gegenstand* der Forschung (und damit verbunden oft das für die Politikberatung notwendige institutionelle Wissen) fehlen kann.

Um ein stärkeres Engagement von deutschsprachigen ökonomischen Spitzenforschern in der Politikberatung zu bewirken, sind nun zwei Wege möglich: entweder kann der finanzielle Anreiz durch eine bessere direkte Bezahlung erhöht werden (so wie dies momentan in der wettbewerbsökonomischen Beratung geschieht) – dies bezeichnen wir vereinfachend als extrinsische Motivation – oder es müssen Wege gefunden werden, den damit verbundenen Reputationsgewinn in der relevanten Bezugsgruppe zu steigern (vereinfachend als intrinsische Motivation bezeichnet, wenn auch nicht ganz korrekt so). Dazu unterbreitet der vorliegende Beitrag in Abschnitt 3 einige Vorschläge.

2. Empirische Fakten

Der Beitrag beinhaltet neben der theoretisch-konzeptionellen Analyse in Abschnitt 1 auch eine empirische Analyse. Dazu werden zum einen empirische Fakten über das Publikationsverhalten deutschsprachiger Ökonomen zusammengetragen, zum anderen die Praxis der wirtschaftspolitischen Beratung durch ökonomische Wissenschaftler analysiert.

Zunächst wird untersucht, (a) welche deutschsprachigen Ökonomen in den vergangenen 10 Jahren in fünf hochkarätigen General Interest Journalen publiziert haben (AER, JPE, JEEA, Econ J, QJE) und (b) ob diese Publikationen einen besonderen Bezug zum deutschsprachigen Raum (Deutschland, Österreich, Schweiz) aufweisen, z.B. weil eine für diesen Bereich besonders relevante Fragestellung untersucht wurde oder mit Daten aus diesen drei Ländern gearbeitet

wurde. Erste Auswertungen ergeben, dass nur ein Bruchteil der Publikationen deutschsprachiger Ökonomen in hochkarätigen Journalen einen besonderen Bezug zu spezifischen Problemen der deutschen Wirtschaftspolitik oder Ökonomie hat. Vielmehr sind die meisten Publikationen allgemeiner Natur ohne besonderen Deutschland-, Österreich- oder Schweizbezug. Mit anderen Worten heißt dies, dass diese Publikationen vermutlich genauso gut von einem nicht-deutschsprachigen Ökonomen hätten erstellt werden können. Der *spezifische* Vorteil für den deutschen Steuerzahler dürfte damit *indirekter* Natur sein (z.B. über bessere Lehre o.ä.). Somit stellt sich jedoch die Frage, inwiefern eine Evaluation von Spitzenforschung den spezifischen Mehrwert für den deutschen Steuerzahler adäquat abbildet.

Darüber hinaus analysiert der Beitrag, welche sachverständigen Ökonomen in den vergangenen beiden Legislaturperioden als Experten in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages zu Anhörungen eingeladen wurden. Wie ist die Publikationsleistung dieser Ökonomen im Vergleich zu anderen Ökonomen zu bewerten? Lassen sich daraus Indikatoren gewinnen, ob Spitzenforschung und Politikberatung aus der Sicht des individuellen Ökonomen eher komplementären oder eher substitutiven Charakter haben? Welches Verhältnis besteht zwischen Ökonomen und Rechtswissenschaftlern als Sachverständigen? Wird die Politikberatung in dieser Ausprägung tatsächlich von Juristen dominiert wie oft kolportiert wird?

Komplementiert wird diese Analyse durch eine Untersuchung der wissenschaftlichen Gutachtenvergabe durch das Bundeswirtschaftsministerium und das Bundesfinanzministerium. Untersucht wird, an wen wissenschaftliche Gutachten in den letzten beiden Legislaturperioden vergeben worden sind und wiederum, wie die Forschungsleistung dieser Ökonomen im Vergleich mit anderen Ökonomen zu bewerten sind.

Erste Auswertungen suggerieren, dass es nicht primär die forschungstärksten Ökonomen sind, die sich in der wirtschaftspolitischen Beratung engagieren.

Schließlich soll basierend auf Interviews im Finanz- und Wirtschaftsministerium eruiert werden, welche Zeitschriften dort für besonders relevant für die Wirtschaftspolitik gehalten werden (z.B. Wirtschaftsdienst). Darauf aufbauend wird analysiert, welche Ökonomen speziell in diesen Zeitschriften publizieren, um einen

weiteren Indikator dafür zu erhalten, ob Politikberatung und Spitzenforschung eher ein einem komplementären oder eher substitutiven Verhältnis stehen.

3. Lösungsmöglichkeiten

Der Verein für Socialpolitik könnte auch eine systematische Evaluation (a) der Öffentlichkeitswirksamkeit und (b) der Aktivitäten in der wirtschaftspolitischen Beratung deutschsprachiger Ökonomen vornehmen (außerhalb des Stolper-Preises), um eine „Währung“ zur Honorierung wirtschaftspolitischer Aktivitäten zu entwickeln.

Der besondere wirtschaftspolitische Bezug (nachgewiesen z.B. durch die Auswertung deutscher bzw. österreichischer oder Schweizer Daten) in der Spitzenforschung könnte im Rahmen von Forschungsrankings besonders honoriert werden. Zu bedenken dürften hier allerdings die signifikanten Messprobleme sein, die bei der Evaluation von Forschung ohnehin nicht klein sind.

Denkbar ist auch ein Ranking von Publikationsoutput in Zeitschriften, die als besonders wirtschaftspolitisch relevant erachtet werden.

In die Vereinszeitschrift *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* könnten Mitarbeiter aus der Ministerialbürokratie (z.B. Leiter von Grundsatzabteilungen) stärker eingebunden werden, um deren wirtschaftspolitische Relevanz zu steigern. Dies ist z.B. bei zahlreichen juristischen Fachzeitschriften üblich.